

**Programm der
F.D.P. – Rodgau
für die
Kommunalwahl
2001**

F.D.P.
Die Liberalen
in Rodgau



Themenübersicht

Liberaler Grundsätze.....	Seite 1
Wirtschaft.....	Seite 2
Steuern.....	Seite 4
Verkehr.....	Seite 5
Jugend und Schule.....	Seite 6
Innere Sicherheit.....	Seite 8
Stadtverwaltung.....	Seite 9
Integration.....	Seite 10
Umwelt und Natur.....	Seite 10

Programm der F.D.P. – Rodgau zur Kommunalwahl 2001

Liberales Grundsätze

Für die F.D.P. sind persönliche Freiheit und Selbstverantwortung höchstes Gut.

Deshalb stehen wir für freien Wettbewerb und das in unserer Gesellschaft oft vernachlässigte Leistungsprinzip.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, unsere Gesellschaft offen, flexibel und anpassungsfähig zu erhalten.

Die F.D.P. steht für einen Aufbruch in eine neue Bürgergesellschaft, in der sich Menschen füreinander verantwortlich fühlen; eine Gesellschaft, in der sich jeder Einzelne einsetzt - für sich und andere.

Die Kommune ist der Ort für persönliches Engagement im Sinne der liberalen Verantwortungs- und Bürgergesellschaft. Hier hat der Bürger die Möglichkeit, seinen unmittelbaren Lebensraum, seine Lebensbedingungen und seine Lebensqualität selbst zu erkennen und mitzugestalten.

Für Liberale gilt der Vorrang der Subsidiarität, der Vorrang der kleineren Einheit. Auf höherer Ebene soll nur geregelt werden, was auf unterer Ebene nicht besser geregelt werden kann.

Wir legen größten Wert auf eine bürgernahe und transparente Politik, die den Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt entspricht und nicht der Profilierung und Postenverteilung einzelner Parteien dient.

Die F.D.P. – Rodgau ist der Meinung, daß in den letzten Jahren die Politik der Stadtverordnetenversammlung die Bedürfnisse der Bürger nicht einbezog und das Wohl der Gemeinde nicht an allererster Stelle stand.

Es wird somit Zeit, daß wieder eine starke F.D.P. in die Stadtverordnetenversammlung einzieht und dort die Interessen der Bürger nachhaltig vertritt.

Unser Ziel ist es, über anstehende Aufgaben und die damit verbundenen Folgen zu informieren, um dadurch den Bürgern die Möglichkeit zu geben, frühzeitig an der Gestaltung ihrer Stadt mitzuwirken und nicht, wie leider oft geschehen, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Deshalb treten wir dafür ein, der in der Gemeindeordnung vorgesehenen, leider unzureichend genutzten Bürgerversammlung wieder neues Leben zu geben.

Die Ziele der F.D.P. – Rodgau:

Wirtschaft:

Innovative Wirtschaftsförderung

Die aktive Bürgergesellschaft benötigt eine liberale Wirtschaftspolitik in den Kommunen. Arbeitsmarktprobleme vor Ort können nicht durch Schaffung öffentlich bezahlter oder geförderter Arbeitsplätze gelöst werden. Liberale Wirtschaftspolitik stärkt mittelständische Strukturen, da sich vor allem der Mittelstand als langfristiger, zuverlässiger Partner bei der Schaffung von Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen erwiesen hat, für den wir attraktive Rahmenbedingungen herstellen wollen.

Hierzu gehören eine intakte Verkehrsinfrastruktur, niedrige Steuern und Deregulierung statt Subventionierung. Durch schnelle Baugenehmigungen, kurzfristige Entscheidungen und einen einzigen Ansprechpartner in der Verwaltung, wird ein positives Investitionsklima geschaffen. Vorausschauende Entwicklung von Gewerbeflächen mit möglichst gemeindeübergreifender Ausweisung erleichtern die Ansiedlung von Betrieben.

Dafür steht die F.D.P. – Rodgau:

- 1.) Um die Ströme der Berufspendler abzubauen, muss der Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort allergrösste Priorität eingeräumt werden.
- 2.) Verlagerung der Aufgaben zur Daseinsfürsorge von der Stadt auf Privatunternehmen. Dienstleistungen die nicht unter den Begriff „hoheitliche Aufgaben“ fallen, werden i.d.R. von Privatunternehmen kostengünstiger und flexibler ausgeführt.
- 3.) Schaffung von kommunalen Eigenbetrieben nur noch unter der Voraussetzung, daß sicher auszuschließen ist, daß die gestellten Aufgaben nicht von einem privaten Unternehmen ausgeführt werden können. Ausgliederte oder neu gegründete Unternehmen müssen so geführt werden, daß diese ihren Zweck wirtschaftlich erfüllen.
- 4.) Offensive Wirtschaftsförderung von Seiten der Stadt Rodgau!

Die Wirtschaftsförderung gehört an die erste Stelle des vom Magistrat und seinem Hauptverwaltungsbeamten zu erfüllenden Aufgabenkatalogs!

Die Standortvorteile Rodgaus im Wirtschaftsraum DA, HU, F, OF sind verkehrstechnisch hervorragend und müssen aktiver nach außen dargestellt werden.

Es muß ein schlüssiges Wirtschaftsförderungskonzept erstellt werden, in dem die Grundlagen und Ziele der Gemeinde erfaßt werden.

Auf der Basis dieses Konzepts ist aktiv nach ansiedlungsbereiten Unternehmen zu suchen. Diesen ist die größtmögliche Hilfe bei der Verwirklichung der Ansiedlung zukommen zu lassen.

Regionale und interkommunale Kooperationen sind zu suchen und zum Nutzen der Gemeinde auszuschöpfen.

Der von der Stadt bestellte Wirtschaftsförderer muß von allen anderen Aufgaben befreit werden.

Dem Wirtschaftsförderungsamt muß die größtmögliche finanzielle und technische Ausstattung an die Hand gegeben werden, so daß es seine Aufgaben so professionell und effektiv wie möglich wahrnehmen kann.

Für die Ansiedlung neuer und die Ausweitung bestehender Unternehmen, ist die Verfügbarkeit von Industrieflächen von größter Bedeutung. Hier müssen frühzeitig planungsrechtlich abgesicherte Flächen ausgewiesen werden.

Entstehende Gewerbebrachen sollen möglichst einer adäquaten Nutzung zugeführt werden.

Auch die Bevorratung von Ausgleichsflächen zur Bedienung des kommunalen Ökokontos ist zwingend zu betreiben.

Wir lehnen es ab, neue Landschafts- und Naturschutzgebiete auf Arealen auszuweisen, die unmittelbar an bereits bestehende Siedlungs- und Gewerbegebiete angrenzen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadtverwaltung alle Versuche einstellt, Investitionswilligen unter Berufung auf falsch verstandene Magistratsbeschlüsse Erklärungen zu Kostenübernahmen abzunötigen, die von diesen nicht geprüft und abgelehnt werden können.

Der Internet – Auftritt der Stadt in Bezug auf die Wirtschaftsförderung ist dringend zu verbessern. Jeder Internet – Nutzer muss erkennen, dass es sich um eine prosperierende Stadt im Mittelpunkt des Rhein – Main – Gebietes handelt.

Es müssen Anreize für Neugründer geschaffen werden, z.B. ein durch die Stadt gefördertes Technologiezentrum.

Steuerpolitik

Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

Liberaler Kommunalpolitik will die Lebensqualität unserer Städte, Gemeinden und Kreise erhalten. Eine ausreichende Finanzausstattung ist der Kern kommunaler Selbstverwaltung. Deshalb ist uns die Zurückgewinnung finanzieller Spielräume für die kommunalen Haushalte ein zentrales Anliegen.

Solide Politik setzt gesunde Finanzen voraus. Will man künftigen Generationen nicht aufbürden, hinterlassene Schuldenberge abzutragen, dürfen auch Kreise und Kommunen auf Dauer nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen.

Im Hinblick auf die Tatsache, daß Gebührenhaushalte kostendeckend sein sollen, muß vermehrt Kostenbewußtsein Einzug halten, um die Bürger nicht über Gebühr zu belasten. Transparenz öffentlicher Gebührenhaushalte erhöht das Vertrauen der Bürger in ihre Verwaltung.

Dafür steht die F.D.P. – Rodgau:

1.) Verzicht auf Gewerbesteuererhöhung:

Die Haushaltssituation der Gemeinde läßt sich nicht durch die Erhöhung der Gewerbesteuer verbessern.

Das Gegenteil ist der Fall: Die Konkurrenzsituation unter den Gemeinden läßt ansiedlungswilligen Unternehmen die freie Auswahl. Um die Auswirkungen der Steuerreform 2000 für die Unternehmen auszuschöpfen, darf der derzeitige Gewerbesteuerhebesatz nur nach unten korrigiert werden.

Dieses Vorgehen schafft neue Gewerbeansiedlung und damit auch langfristig zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen.

2.) Abschaffung von Bagatellsteuern:

Hier insbesondere die der Hundesteuer.

Als ersten Schritt sehen wir hier die Senkung der Strafsteuer für die sog. „gefährlichen Hunde“ auf den Normalsatz der derzeitigen Hundesteuer.

Hier wird von der Stadt - Rodgau der zwanzigfache Satz der normalen Hundesteuer erhoben.

Die F.D.P. sieht hier eine eklatante Ungleichbehandlung der Bürger, nur weil diese eine Hunderasse bevorzugen, die nicht dem Geschmack der Verwaltung entspricht.

Nach der neuen Landeshundeverordnung gibt es keinen Grund mehr, diese Strafsteuer zu erheben.

Im Gegenteil, die Halter der auf dem Index stehenden Hunderassen haben durch abgelegte Prüfungen bewiesen, daß sie zu den verantwortungsvollsten Hundehaltern gehören.

Da die auf diversen Listen aufgeführten Hunde ebenfalls durch staatliche Institutionen geprüft und als ungefährlich eingestuft wurden, besteht keinerlei Anlaß für die Gemeinde, ihre Bürger durch eine Strafsteuer zu diskriminieren.

Verkehrspolitik

Intelligente Verkehrsgestaltung

Ein wichtiges Ziel liberaler Verkehrspolitik ist die attraktive öffentliche Verkehrsgestaltung in enger Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten und Gemeinden.

Voraussetzung für das Funktionieren gewachsener Innenstädte ist ihre schnelle Erreichbarkeit. Dafür ist eine Kombination verschiedener Verkehrsmittel notwendig. Aus Sicht der Liberalen müssen Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und der Öffentliche Personennahverkehr in der kommunalen Verkehrsgestaltung einen gleichwertigen Platz einnehmen. Einem modernen Verkehrsmanagement fällt dabei eine wichtige Rolle zu.

Wir wollen, daß der Verkehr fließt!

Die F.D.P. – Rodgau steht für ein schlüssiges, aufeinander abgestimmtes Verkehrskonzept.

Es gilt eine Verkehrspolitik zu betreiben, die die langfristige Verkehrsentwicklung berücksichtigt und nicht von parteiideologischem Wunschdenken bestimmt wird.

Das Ziel der F.D.P. ist es, eine verkehrstechnische Infrastruktur zu schaffen, die Interessen der Autofahrer, der Radfahrer und der Fußgänger in Einklang bringt.

Funktionierende Verkehrsbewegungen auf lokaler Ebene sind die Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung einer Gemeinde.

Die Möglichkeiten des Verkehrsflusses in der Kommune spiegeln die Möglichkeiten des wirtschaftlichen Wachstums der dort ansässigen Unternehmen wider.

Strikte Verbote und Beschränkungen des Individualverkehrs schaden den Unternehmen, den Bürgern und somit letztlich der Gemeinde.

Die Verkehrspolitik nimmt eine Schlüsselrolle in der Gemeindepolitik ein.

Dieses für den Fortbestand und die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Rodgau wichtige politische Segment darf nicht zum Spielball der unterschiedlichen Parteiideologien werden.

Neuralgische Punkte der Infrastruktur müssen so verbessert werden, daß ein flüssiger

Verkehrsablauf gewährleistet wird und die Belastungen der Bürger auf ein Minimum reduziert werden.

Die Altorte mit ihren Geschäften müssen durch den Individualverkehr erreichbar sein.

Verkehrsbeschränkungen und der flächendeckende Ausbau zur Fußgängerzone führen nicht zum Umstieg von Auto aufs Fahrrad oder gar zum begeisterten Fußgängertum, sondern zur

Abwanderung der Kunden in Einkaufszentren und somit zur Schwächung der Vielfalt des

örtlichen Einzelhandels, letztlich wieder zur wirtschaftlichen Schwächung der Stadt Rodgau.

Sinnvolle Verkehrsberuhigung verbessert die Wohnqualität und schafft auch ein qualitativ höheres Einkaufserlebnis.

Sie darf nur nicht zu neuen Verkehrsbehinderungen und zu einer schlechteren Erreichbarkeit der Altorte führen.

Verkehrsprobleme in Rodgau lassen sich nicht allein durch den Ausbau des ÖPNV oder durch Ausweisung von größtmöglichen Fußgängerzonen lösen.

Hier muß in einem schlüssigen, gesamtheitlichen Verkehrskonzept das derzeitige reale Verkehrsaufkommen berücksichtigt und in die Planung einbezogen werden.

Von der F.D.P. – Rodgau werden daher folgende Projekte unterstützt:

- 1.) Weiterbau der Rodgau – Ringstraße.
- 2.) Beschleunigung der S – Bahn Planung.
- 3.) Unverzögerlicher Beginn aller Baumaßnahmen die im Zusammenhang mit dem S – Bahn Bau stehen und von der Stadt Rodgau übernommen werden müssen.
- 4.) Bau der Querspange in Nieder Roden (S – Bahn Überquerung)
- 5.) Beseitigung der Verkehrshindernisse in Jügesheim und Dudenhofen.
- 6.) Weiterer sinnvoller Ausbau der Radwege im Zuge der Rodau – Park – Anlage und in den Orten. Hierbei soll es Ziel sein, eine weitere Verknüpfung der Ortsteile zu erreichen.
- 7.) Eine vernünftige Verkehrsführung (Tempo 40 KM/H) ohne Verkehrsbehinderung für die Ortsdurchfahrt von B45 ab Wasserturmkreuzung bis Ortsgrenze Rödermark.

Jugend und Schule

Zukunft durch Bildung und Ausbildung

In der liberalen Bürgergesellschaft sind Bildung, Aus- und Fortbildung die Garanten für Lebensqualität und sichern die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft.

Deshalb fordern die Liberalen ein vielseitiges und zukunftsorientiertes Bildungsangebot in erreichbarer Nähe. Dabei soll ein möglichst differenziertes Angebot verschiedener Schulformen nebeneinander bestehen.

Die Schulen sind ausreichend mit neuen Medien zu versehen und die Netzbetreuung ist in Zusammenarbeit von Kultusministerium und Schulträger sicherzustellen. Eine Partnerschaft mit der Wirtschaft ist anzustreben.

Die Erfordernisse lebenslangen Lernens bedingen eine gesicherte Unterstützung kommunaler Weiterbildungsangebote, wie der Volkshochschulen und freier Träger in engem Zusammenwirken mit privaten Anbietern.

Um ein reibungsloses Ineinandergreifen der verschiedenen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen zu gewährleisten, fordert die F.D.P. – Rodgau:

Die Grundschulen in der Stadt sind wieder in die Trägerschaft der Kommune zurück zu übertragen.

Dieses ermöglicht eine situationsgerechte Anpassung an die örtlichen Gegebenheiten, wie zum Beispiel die betreute Ganztagschule.

Die Öffnungszeiten und Betreuungsangebote der Schulen und Kindergärten müssen ausgeweitet werden, um den Interessen Berufstätiger und Alleinerziehender entgegenzukommen.

Des Weiteren sollen alle Schulen mit Internetzugängen versehen werden, um die Schüler auf die Anforderungen und Chancen der Informationstechnologie vorzubereiten.

Die bisher namenlosen Kindergärten sollen zur Förderung der Integration und des Gemeinschaftsgefühls Namen erhalten, die von den Kindergartenbetreuern und den Kindern im Zusammenspiel mit ihren Eltern vorgeschlagen werden.

Die Kommunen sind verpflichtet, für jedes Kind einen Kindergartenplatz bereitzustellen.

Die Kindergartenbeiträge sollen reduziert werden, mit dem langfristigen Ziel der Beitragsfreiheit.

Die Volkshochschule muß stärker als bisher ihrem Auftrag zur politischen und persönlichen Bildung der Bürger nachkommen.

Das Angebot der Volkshochschulen wird ausschließlich zu diesem Zweck weitestgehend subventioniert .

Es ist daher nicht erforderlich und auch nicht im Sinne des Subventionierenden, das Angebot immer mehr auf die berufliche Weiterbildung auszudehnen.

Hierfür stehen ausreichend freie marktwirtschaftliche Unternehmen zur Verfügung.

Vereine die eine verstärkte Jugendarbeit betreiben, sollen bei der Vereinsförderung verstärkt berücksichtigt werden. Hierzu ist das Vereinsförderungsprogramm gezielt umzustellen.

Innere Sicherheit

Sichere Städte und Gemeinden

Die liberale Bürgergesellschaft braucht die Freiheit der Entfaltung, aber auch den konsequenten Schutz vor Gewalt, Kriminalität und Belästigung.

Das Ziel der Sicherheit auf Straßen und in Anlagen ist nur unter Mithilfe der Bürger selbst zu erreichen.

Hier gilt es, für neue Ideen zu werben: „Hinsehen statt wegschauen“, denn wer wegschaut macht sich schuldig.

Eine verbesserte Zusammenarbeit aller Verantwortlichen, wie bei den Präventionsräten, trägt zu einem wirksamen Schutz der Bürger bei.

Kommunen müssen auf das steigende persönliche Unsicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger reagieren.

Die F.D.P. – Rodgau trägt diesem Bedürfnis Rechnung und fordert:

- 1.) Schaffung einer eigenen, vollwertigen Polizeistation, die rund um die Uhr besetzt ist.
Einer Stadt von bald 50.000 Einwohnern muß eine eigene Polizeistation zugestanden werden.
Die F.D.P. – Rodgau wird sich hierfür bei der Landesregierung stark machen.
- 2.) Die Stadt muß zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsempfindens sämtliche Farbschmierereien (Graffiti's) und Verunreinigungen an öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen entfernen.
Die Bürger sind bei der Beseitigung dieser Schmierereien zu beraten und durch den Nachweis von geeigneten Reinigungsfirmen zu unterstützen.

Den Jugendlichen sind Flächen anzubieten, auf denen Graffiti's angebracht werden können.
Denkbar wären hier, Flächen, an von Jugendlichen genutzten Gebäuden und Einrichtungen.
- 3.) Die Stadt muss den Bürgern in organisatorischen- und rechtlichen Fragen zur Seite stehen, wenn diese Bürgerinitiativen z.B. unter dem Motto „ Bürger helfen Bürgern“ oder „ Vorsicht wachsamer Nachbar“ ins Leben rufen.
- 4.) Die Stadt muss ihrer Straßenreinigungspflicht nachkommen und darf die Reinigung notorisch belasteter Plätze und Flächen (z.B. die Bahnhofsvorplätze) nicht einfach an Anwohner delegieren.

Stadtverwaltung

Kundenorientierte Kommunalverwaltung

Die Arbeit der Gemeinde- oder Stadtverwaltung prägt wesentlich das Bild, das sich Bürger von ihrer Gemeinde oder ihrer Stadt machen. Liberale wollen, dass die Verwaltung ihre Aufgaben als Dienst für die Bürger begreift. Mit der Einrichtung eines Bürgerbüros in zentraler Ortslage, mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten und durch Nutzung moderner Medien wurde die Serviceleistung der Verwaltung schon auf einen kundenorientierten Weg gebracht. Eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger über die Kundenfreundlichkeit ihrer Verwaltung hilft Abläufe zu verbessern.

Verwaltungsmodernisierung und damit Bürokratieabbau ist eine wesentliche Aufgabe im kommunalen Bereich. Schlanke Verwaltung ist kein Wert an sich, sie muss bei den Bürgern die Bereitschaft zur Selbstorganisation und Eigenverantwortung anstoßen. Nur so entsteht in der Bürgergesellschaft ein aktives Beziehungsgeflecht, eine verbesserte Verbindung zwischen Bürgern und Verwaltung.

Dafür steht die F.D.P. – Rodgau:

1.) Wiedereinrichtung eines kommunalen Rechnungsprüfungsamtes.

Bei eigenem Rechnungsprüfungsamt kann in Rodgau zeit- und realitätsnaher geprüft werden.

Das Gutachten des Landesrechnungshofes über die Wirtschaftsjahre 1997 / 1998 zeigt, dass eine Prüfung durch den Kreis nicht ausreichend ist.

2.) Einrichtung einer Stabsstelle „Controlling“ .

Auch das Fehlen eines Controllings wurde durch das letzte Gutachten des Landesrechnungshofes bemängelt.

Ein selbst initiiertes Controlling bringt einen besseren Kostenüberblick, vermindert das unkontrollierte Ausweiten der Kostenplanung, beseitigt Ineffizienz in der Verwaltung, nennt Einsparpotentiale und zeigt schnell und effektiv die politische Verantwortung auf.

2.) Bessere Nutzung des Internets zur Kommunikation mit den Bürgern.

Es müssen möglichst alle Formulare, Anträge der Bürger, Briefe an die Verwaltung und den Magistrat, Anfragen und Wünsche der Bürger über das Internet abzuwickeln sein.

Hier sind Referenzbeispiele anderer Kommunen in die Planung und Ausführung einzubeziehen.

3.) Die Stadtverwaltung und alle Eigenbetriebe müssen vernetzt werden und über eine Plattform für den Bürger erreichbar sein.

Integration

Die F.D.P – Rodgau sieht die Integration von Einwohnern ausländischer Herkunft als eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft an, um ein friedliches und tolerantes Miteinander zu gewährleisten.

Dazu hält die F.D.P. engen Kontakt zum Ausländerbeirat der Stadt und des Kreises, sowie zum Kreisausländeramt. Sie unterstützt alle Maßnahmen, die das Zusammenleben deutscher und nichtdeutscher Mitbürger aktiv verbessern.

Für die F.D.P. hat die deutsche Sprache als Voraussetzung zur Integration höchsten Stellenwert; denn wer sich hier nicht verständigen kann, hat und schafft Probleme und Kosten, die von der Allgemeinheit zu tragen sind.

Insbesondere ist der Deutschunterricht anstelle des muttersprachlichen Unterrichts zu intensivieren, besonders für diejenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben wollen.

Die F.D.P. hat die Probleme für die 2. Generation der in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürger erkannt, die zwischen zwei Kulturen lebt und dadurch leichter den Halt verlieren kann. Die F.D.P. setzt sich für Hilfe und Prävention ein, um dadurch evtl. später auftretenden Konflikten mit der deutschen Gesetzgebung vorzubeugen.

Nichtdeutsche Bürger, die seit langem hier wohnen, ihren Lebensunterhalt ohne öffentliche Hilfe bestreiten, nicht straffällig geworden und der deutschen Sprache mächtig sind, soll ein Daueraufenthaltsrecht und das Recht auf Arbeit gewährt werden.

Natur- und Umweltschutz

Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen

Umweltschutz ist eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger. Umweltschutz in der Kommune ist eine ressortübergreifende Aufgabe, um die Lebensinteressen der Menschen und den Erhalt der Umwelt harmonisch in Einklang zu bringen. Liberale Kommunalpolitik handelt nach dem Grundsatz des verantwortungsvollen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen.

Die wichtigen Themen Energieeinsparung, Flächenversiegelung, Wasserversorgung, Abwasserbehandlung und Entsorgung von Abfällen werden auch in den nächsten Jahren Hauptaufgabe der Kommunen in Umweltfragen bleiben.

Die vielen Umweltallianzen und die immer größere Zahl öko-auditiertes Firmen sind ein weiterer Beweis dafür, dass durch eigenverantwortliches Handeln überregulierendes Kontrollwesen ersetzt werden kann.

Dafür treten wir ein:

- 1.) Die F.D.P. – Rodgau fordert die schnelle Umsetzung der Projekte der Agenda 2010, „Grün in der Stadt / Rodau Renaturierung“.
- 4.) Enge Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden und gezielte Unterstützung ihrer Bemühungen in der Landschaftspflege und dem Erhalt unserer Kulturlandschaft mit noch seltenen Tier- und Pflanzenarten.
- 5.) Erhaltung bestehender Grünzüge sowie Neuanlage von Hecken, Feldholzinseln, Feuchtbiotopen, Gehölzen an Gewässerufern und die Vernetzung dieser Biotope untereinander zum nachhaltigen Schutz der Artenvielfalt und der Lebensqualität der Bürger.
- 6.) Anpflanzung abwechslungsreicher, stufiger Mischwälder anstelle der plantagenhaften Kiefermonokulturen.
- 7.) Teilweiser Rückbau von Entwässerungsgräben und Einbau von Überläufen in den verbleibenden Gräben zur Zurückhaltung des Regenwassers und der Anhebung des Grundwasserspiegels.
- 8.) Bessere und rechtzeitige Information der Bürger über neu einzurichtende und bestehende örtliche Natur- und Landschaftsschutzgebiete.
Die Bürger müssen ein gesteigertes Bewusstsein über die Auswirkungen des Erhaltes einer intakten Umwelt für ihre Lebensqualität erlangen.

Impressum

Herausgeber

F.D.P. – Rodgau
Büchner Straße 3

63110 Rodgau

Verantwortlich:

Dr. Burkhard Winter, 1. Vorsitzender

Konzeption:

Heino Reckliess
Michael Schüßler
Herbert Kemp
Armin Hönig

Ansprechpartner:

Wirtschaft, Steuern und Verwaltung

Heino Reckliess
Telefon: 06106 – 647880
Fax. 06106 – 647881
E-mail: heino.reckliess@web.de

Verkehrspolitik und Innere Sicherheit

Michael Schüßler
Telefon: 06106 - 87043
E-mail: schuesslermichael@t-online.de

Jugend- Schul- und Sozialpolitik

Herbert Kemp
Telefon: 06106 – 15846

Integrationspolitik

Herbert Kemp
Telefon: 06106 – 15846

Prof. Dr. Kurt Offenloch
Telefon: 06106 – 74525

Natur- und Umweltpolitik

Armin Hönig
Telefon: 06106 – 23603

Dezember 2000, F.D.P. – Rodgau

Alle Rechte vorbehalten

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern
sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers